

NACHRICHTEN

Wieder Atomenergie-Kontrolleure im Irak

BAGDAD: Erstmals seit 13 Monaten ist wieder ein Team der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) im Irak. Die fünf Inspektoren trafen am Freitag in der Hauptstadt Bagdad ein. Sie wollen den Zustand der irakischen Uran-Lagerstätten begutachten. Der Leiter des Teams, der Ägypter Ahmed Abu Zahra, sagte vor Journalisten in Bagdad, es handle sich um eine Routineinspektion von drei bis fünf Tagen, mit der frühere Arbeiten abgeschlossen würden. Einen Zusammenhang mit der Rüstungskontrolle der Vereinten Nationen (UNO) in Irak gebe es nicht. Der Irak hatte die Zusammenarbeit mit den UNO-Rüstungsinspektoren im Dezember 1998 eingestellt. Die USA flogen daraufhin viertägige Luftangriffe gegen militärische Ziele im Irak. Damals mussten auch die Inspektoren der IAEA das Land verlassen. Der Welticherheitsrat sucht momentan einen für alle Seiten akzeptablen Chef der UNO-Kontrollkommission UNMOVIC im Irak. Die UNO streben eine Wiederaufnahme der Waffenkontrollen im Irak an. Die Regierungen in Washington und London wollen die UNO-Sanktionen gegen den Irak nur dann lockern oder ganz aufheben, wenn Bagdad solchen Kontrollen zustimmt. Die Sanktionen wurden 1990 wegen des irakischen Überfalls auf Kuwait verhängt.

Gegenseitig neun Diplomaten ausgewiesen

WARSAU/MOSKAU: Die angekündigte Ausweisung von neun russischen Diplomaten aus Polen wegen Spionage hat zu schweren Spannungen zwischen Warschau und Moskau geführt. Die russische Regierung erklärte am Freitag ihrerseits neun polnische Gesandte zu unerwünschten Personen. Sie müssten das Land bis zum 28. Januar verlassen, teilte das russische Außenministerium in Moskau dem polnischen Botschafter Andrzej Zalucki mit. Am Tag zuvor hatte die polnische Regierung neun der 60 Diplomaten an der russischen Botschaft in Warschau der Spionage beschuldigt und aufgefordert, das Land zu verlassen. Ein Termin für die Ausweisung wurde bisher nicht genannt. Die russischen Abgesandten in Warschau hätten politische und Wirtschaftsspionage betrieben, sagte der Vorsitzende einer Sonderkommission des polnischen Parlaments, Jozef Gruszka, am Freitag. Auch Russland nannte als Grund der Ausweisung, die Polen seien «Tätigkeiten nachgegangen, die mit ihrem Status und der Wiener Konvention unvereinbar sind». Das ist eine Umschreibung für Spionage. An der polnischen Botschaft in Moskau arbeiten etwa 50 Diplomaten.

EU-Projekt zur Messung der Ozonschicht

BRÜSSEL: Die bisher grössten wissenschaftlichen Untersuchungen zum Ozon-Loch sind am Freitag im schwedischen Kiruna am Polarkreis gestartet worden. Am Projekt unter EU-Führung nimmt auch die Schweiz teil. Neben der Europäischen Union (EU) und der Schweiz sind zudem die USA, Japan, Russland, Norwegen und Polen am Forschungsvorhaben «Theo 2000/Solve» beteiligt, wie die EU-Kommission in Brüssel am Freitag bekanntgab. Ziel des Projekts ist es, genauere Daten zur Verringerung der Ozon-Schicht zu gewinnen. Eingesetzt werden dazu in den kommenden Wochen vier Forschungsflugzeuge und über 20 Ballone, die in rund 20 Kilometern Höhe in der Stratosphäre entsprechende Messdaten sammeln. Die Ergebnisse der Untersuchungen sollen laut der EU-Kommission im kommenden März vorliegen. Gegen Ende November hatte ein Satellit der europäischen Raumfahrtorganisation ESA extrem geringe Ozon-Werte über Grossbritannien, Belgien, den Niederlanden, Norddeutschland, Dänemark, dem baltischen Meer und der gesamten Arktis festgestellt. Forscher aus aller Welt versuchen, die Ursachen herauszufinden.

EU soll bei Sturm- und Ölpestschäden helfen

PARIS: Die französische Regierung hat offiziell bei der Europäischen Union (EU) um finanzielle Unterstützung für die Beseitigung von Schäden der beiden Weihnachtsstürme und der Ölpest im Atlantik gebeten. Die Regierung bitte besonders um die Zusicherung von Geldern aus Strukturfonds zum Wiederaufbau der beschädigten Gebiete und Geschäftsbereiche, teilte das Amt des Ministerpräsidenten Lionel Jospin am Freitag mit.

Koalition gescheitert

SPÖ will Minderheitsregierung bilden

WIEN: Österreichs Bundeskanzler Viktor Klima hat nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen die Bildung einer Minderheitsregierung angekündigt. Es werde keinen Pakt und keine Koalitionsvereinbarung geben, sagte Klima am Freitag.

Er werde eine von der SPÖ geführte Regierung bilden, die über keine Mehrheit im Parlament verfüge. In der neuen Regierung sollten auch unabhängige Experten vertreten sein, sagte Klima.

Die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) hatte nach einem Streit um die Ressortverteilung und die Rentenreform mit der konservativen Volkspartei (ÖVP) die Verhandlungen abgebrochen.

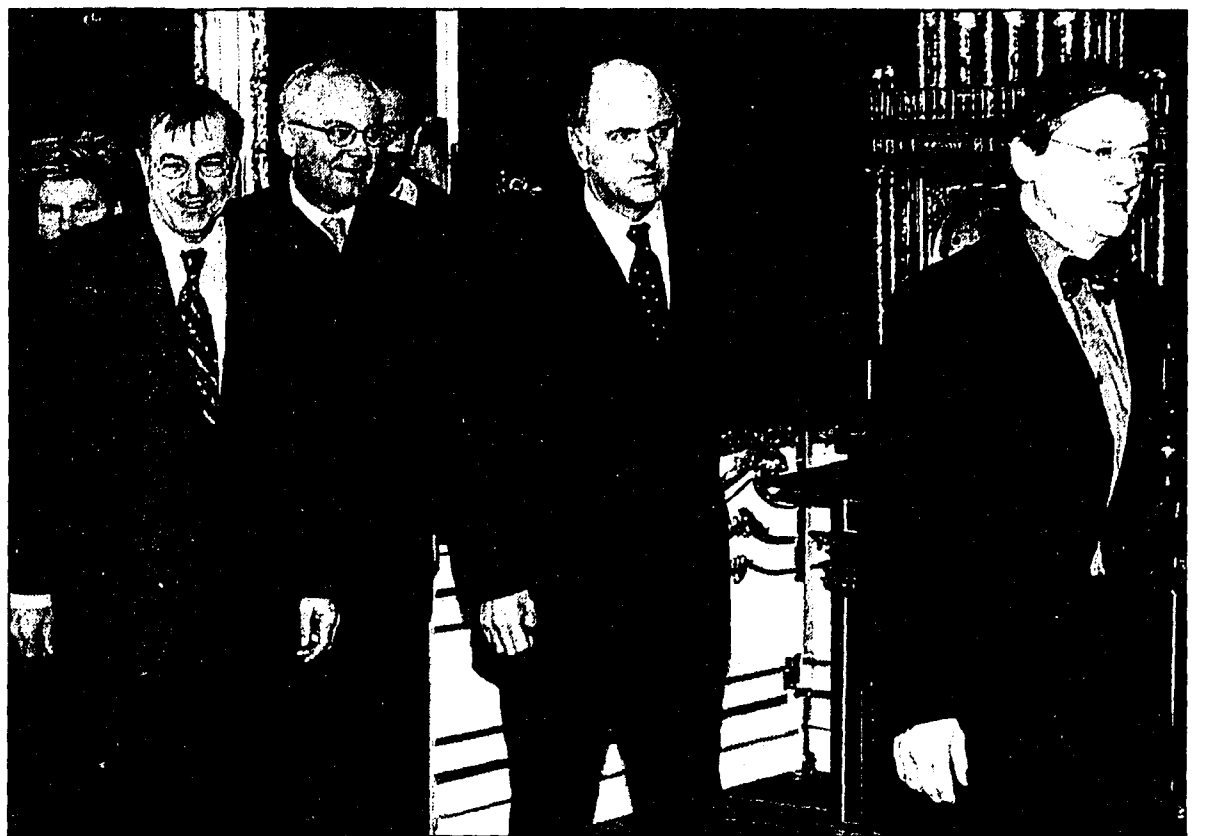
Gespräche angeordnet

Präsident Thomas Klestil ordnete nach dem Platzen der SPÖ-ÖVP-Koalition an, dass Klima innerhalb einer Woche Gespräche mit Vertretern aller Parteien führen solle. Das war zunächst nicht als Auftrag für eine Minderheitsregierung verstanden worden, sondern als letzter Versuch, doch noch Partner für eine Regierung mit breiter Parlamentsmehrheit zu finden.

Klima erklärte dazu, er werde die Gespräche führen, um eine Vorgangsweise zu finden, wie im Parlament künftig Gesetze verhandelt und beschlossen werden könnten.

Chancenlos

Ein Minderheitskabinett gilt jedoch als politisch wenig überlebensfähig. Die SPÖ kann zurzeit weder auf Unterstützung durch die ÖVP noch durch die FPÖ von Jörg



Wolfgang Schüssel (ganz rechts) verlässt mit den ÖVP-Leuten das Parlament.

Haider zählen. «Das bringt Destabilität und den Menschen nichts», sagte der Generalsekretär der rechten Freiheitlichen Partei (FPÖ), Peter Westenthaler, zu einer Regierung ohne Mehrheit. Die SPÖ hat im Parlament 65 von 183 Mandaten.

Dem steht ein mögliches Mitte-Rechts-Bündnis von ÖVP und FPÖ gegenüber, das mit insgesamt 104 Sitzen über eine breite Mehrheit verfügen würde. Die FPÖ hatte der ÖVP wiederholt eine Zusammenarbeit angeboten. Die SPÖ braucht für eine Mehrheit die Stimmen der FPÖ oder ÖVP. Nur die 14 Mandate der Grünen reichen dafür nicht.

Folgt auf eine Minderheitsregierung in kurzer Zeit vorgezogene Parlamentswahlen, hätte die FPÖ Meinungsforschern zufolge gute Chancen, zur stärksten Partei zu werden. SPÖ und ÖVP müssten hingegen mit weiteren Verlusten rechnen.

Lachender Dritter

Haider ginge aus der Regierungskrise vermutlich als lachender Dritter hervor. «Haider braucht gar nichts zu tun: bei Neuwahlen würde er zulegen, die ÖVP dramatisch abstützen», so ein Meinungsforscher.

Der ÖVP-Chef und Außenminister Wolfgang Schüssel sagte, seine

Partei sei für eine Koalition mit der SPÖ weiter verhandlungsbereit. «Unser Angebot steht, wir werden die Brücken nicht abbrechen», sagte Schüssel.

SPÖ und ÖVP, die in den vergangenen 13 Jahren die Regierung bildeten, hatten sich am Dienstag inhaltlich auf ein neues Koalitionsprogramm geeinigt. Das Abkommen dürfte aber daran gescheitert sein, dass die ÖVP Anspruch auf das seit Jahren von der SPÖ besetzte Finanzministerium erhoben hat. Zwischen der SPÖ und der ÖVP habe es letztlich an Vertrauen und Respekt gefehlt, sagten Vertreter beider Parteien.

Bombenexplosion in Madrid

Toter und mehrere Verletzte - Polizei geht von ETA-Anschlag aus

MADRID: Zwei vermutlich von der ETA gezündete Autobomben sind am Freitag im Zentrum Madrids explodiert. Ein Offizier der Armee wurde getötet. Vier Personen, darunter ein 13-jähriges Mädchen, erlitten Verletzungen.

Die Bomben detonierten gut anderthalb Monate nach der Aufkündigung des Waffenstillstands durch die ETA. Sie gingen in der Nähe eines Kindergartens in einem Wohngebiet hoch, in dem viele Armeeangehörige leben.

Sämtliche Parteien bis auf die ETA-nahe Herri Batasuna (HB/Volkunion) verurteilten den Anschlag. Die baskische Regionalregierung kam zu einer Krisensitzung zusammen.

Tödlicher Spaziergang

Die Explosionen ereigneten sich im Abstand von etwa 40 Minuten während des morgendlichen Berufsverkehrs. Der getötete Offizier, ein 47-jähriger Oberleutnant, war den Angaben zufolge bei einem Morgenspaziergang, als die Bombe in einem geparkten Auto neben ihm explodierte.



Die Bombenexplosion in Madrid forderte ein Menschenleben.

Die Wucht der Detonation beschädigte zahlreiche Autos und liess die Fensterscheiben umliegender Gebäude zerbersten. Bei der zweiten Explosion habe es keine Opfer gegeben. Die Ermittler gehen davon aus, dass die Terroristen ihr Fluchtauto in die Luft gejagt haben.

Die Polizei riegelte das Gebiet sofort ab und leitete eine Grossfahndung ein. Auf den Autobahnen um Madrid wurden Polizeisperren errichtet und Autos kontrolliert. Den Polizeiangaben zufolge besteht kein Zweifel, dass die Aktion auf das Konto der ETA geht. Friedensgrup-

pen riefen zu einer Protestdemonstration in Madrid auf.

Anschläge befürchtet

Nachdem die ETA Ende November ein Ende ihres 14-monatigen Waffenstillstands erklärt hatte, waren in Spanien neue Anschläge der Untergrundorganisation erwartet worden. «Das ist es, was wir befürchten haben», sagte Madrids Bürgermeister Jose Maria Alvarez nach dem Anschlag am Freitag.

Die Polizei hatte kurz vor Weihnachten bereits zwei Kleinbusse entdeckt, die mit zwei Tonnen Sprengstoff auf dem Weg nach Madrid waren. Den letzten grösseren Bombenanschlag verübte die ETA vor dem Waffenstillstand im Juni 1998.

Dem Beispiel der nordirischen IRA folgend hatte die ETA nach drei Jahrzehnten des Kampfes für die Unabhängigkeit des Baskenlandes im September 1998 einseitig ein Waffenruhe verkündet, um damit die Voraussetzung für Gespräche mit der spanischen Regierung zu schaffen. Der Widerruf des Gewaltverzichts begründete die ETA mit der starren Haltung der Regierung.

200 Kindersoldaten entführt

300 Kindersoldaten an die Caritas übergeben

NAIROBI: Im westafrikanischen Sierra Leone haben Rebellen 200 Kindersoldaten entführt, die von einer Hilfsorganisation in ein Rehabilitationszentrum gebracht werden sollten.

Die Kinder seien auf ihrem Weg in die Hauptstadt Freetown von Aufständischen der Revolutionären

Vereinigten Front (RUF) gekidnappt worden, meldete das staatliche Radio am Freitag. Fünf Mitarbeiter der katholischen Hilfsorganisation «Kinder im Kriege» (CAW) sowie vier Soldaten der westafrikanischen Eingreiftruppe ECOMOG seien ebenfalls unter den Gefangenen. Die ECOMOG-Soldaten hat-

ten die Kinder den Helfern in der nördlichen Stadt Kabala übergeben. 300 weitere Kindersoldaten sollen Berichten zufolge im Norden des Landes an die Mitarbeiter der Caritas übergeben worden sein. Von den rund 200 000 Kindersoldaten in Afrika werden nach Schätzungen internationaler Hilfsorgani-

sationen mehr als 10 000 im Bürgerkriegsland Sierra Leone eingesetzt. Zwar haben die Regierung von Präsident Ahmad Tejan Kabbah und die RUF-Rebellen im Juli 1999 ein Friedensabkommen geschlossen, doch noch immer ziehen Zehntausende Rebellen schwer bewaffnet durch das Landesinnere.